

## 101,2 Milliarden DM für die Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) darf 2001 101,2 Milliarden DM ausgeben, knapp 3 Milliarden DM weniger als 2000. Einen entsprechenden Haushalt verabschiedete am Donnerstag der Verwaltungsrat der Nürnberger Behörde gegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist dabei mit 44,1 Milliarden DM etwas mehr vorgesehen als im vorigen Jahr (43). Der Posten für das Arbeitslosengeld sinkt um 4,1 Milliarden auf 45,3 Milliarden DM.

Die Arbeitgeber unterlagen mit ihrer Forderung, die Ausgaben um weitere 4,5 Milliarden DM zu senken und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte schon 2001 zu senken. „Wir glauben, dass die Arbeitsmarktentwicklung dafür Luft gelassen hätte“, sagte der amtierende Vorsitzende im Verwaltungsrat Uwe-Volker Bilitza. Die Bundesregierung geht 2001 von durchschnittlich 300 000 Arbeitslosen weniger aus als 2000.

Die Arbeitnehmervertreter hingegen hatten sich angesichts der schwierigen Situation im Osten für eine Verstärkung der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Eine Beitragssenkung wird nach den Worten von Christine Bretz, der ehemaligen Vorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg, nun erst 2002 möglich sein. Bretz wechselt sich mit Bilitza im Vorsitz ab.

Die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer protestierten gegen die Entscheidung der Bundesregierung, das Jugendsofortprogramm künftig aus den Mitteln der Bundesanstalt zu finanzieren. Sie appellierten abermals an Bundesfinanzminister Hans Eichel, das Programm in den Bundeshaushalt aufzunehmen. „Das Programm ist notwendig, aber nicht Aufgabe der Beitragszahler, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, sagte Bilitza. Im BA-Haushalt sei zwar ein Bundeszuschuss von 1,2 Milliarden DM vorgesehen, der die Kosten des Programms decke. Wenn die Bundesanstalt allerdings, wie erwartet wird, am Ende des Jahres kein Defizit ausweise, müsse der Bund den Zuschuss nicht bezahlen. Somit werde das Programm allein den Beitragszahlern aufgebürdet. Bislang tauchte das Programm zwar ebenfalls im BA-Haushalt auf, da der Bund aber stets einen Zuschuss zahlen musste, kamen letztlich die Steuerzahler dafür auf.

Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.11.2000

